

## Änderungsanträge der Fraktionen im Finanzausschuss am 10.03.2011

Lfd. Nr./ Beschluss-Nr.	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
<b>FI/20110310/ Ö4.2./ 1</b>	Verwaltung	Seite 58, Produkt 010 111 010 „Büro des Landrates und Kreistages“, Sachkonto 5492 000 „Fraktionszuwendungen“, Tischvorlage Nr. 010/1060/XV/2011  Ansatzhöhung gemäß Tischvorlage von 393.000 EUR um 58.000 EUR auf 451.000 EUR	einstimmig beschlossen
<b>2</b>	Bündnis 90/ Die Grünen	Seite 63, Produkt 010 111 015 „Pflege partnerschaftlicher Beziehungen“, Sachkonto 5279 100 „Kontakt und Verwaltungshilfe für europäische Nachbarn“  Ansatzkürzung um 1.800 EUR (Patenschaft für den Kreis Röbel)	mit Mehrheit abgelehnt
<b>3</b>	Bündnis 90/ Die Grünen	Seite 67, Produkt 010 111 020 „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Service Center“, Sachkonto 5279 100 „Auslobung Journalistenpreis ProEhrenamt“  Ansatzkürzung um 32.500 EUR auf 0 EUR	mit Mehrheit abgelehnt
<b>4</b>	Bündnis 90/ Die Grünen	Seite 280, Produkt 030 243 011 „Schulamt und Schulaufsicht“; neues Sachkonto: Einrichtung einer regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien; neuer Ansatz: 42.500 EUR  <u>Begründung:</u> Der Rhein-Kreis Neuss und seine Kommunen haben den Auftrag zur Integration der Zuwanderer. Die Schulberatungsstellen in Neuss, Grevenbroich, Dormagen und Meerbusch entfallen zum 31.07.2011.  Der Grundsatzbeschluss zur Einrichtung einer regionalen Arbeitsstelle wurde am 14. Februar 2011 vom Schulausschuss gefasst. Für 2011 würde der hälftige Jahresaufwand von 42.500 EUR entstehen.	mit Mehrheit abgelehnt

Lfd.Nr./ Beschluss-Nr.	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p><u>Aussprache:</u> Landrat Petruschke erwähnte, dass eine Anschlussregelung notwendig sei. Seitens der Städte und Gemeinden bestünden Bedenken gegen die Einrichtung einer derartigen Arbeitsstelle.</p> <p>Der Finanzausschuss kam überein, den genannten Betrag zunächst nicht zu etatisieren. Das Thema solle bis zum Sommer weiter beraten werden, ggfs. auch unter Einbeziehung der kreisangehörigen Kommunen.</p>	
5	CDU	<p>Seite 302, Produkt 040 252 010 010 „Kulturzentrum des RKN in Dormagen-Zons“, Sachkonto 4411 000 „Mietträge“</p> <p>Ansatzhöhung um 30.000 EUR</p> <p><u>Begründung:</u> Im Kulturausschuss wurde ein neues Konzept für das Kulturzentrum vorgestellt. In diesem Zusammenhang sollen höhere Mieterträge erzielt werden.</p>	einstimmig beschlossen
6	UWG/ Die Aktive	<p>Seite 309, Produkt 040 252 010 011 „Kulturzentrum des RKN in Rommerskirchen-Sinsteden“, Sachkonto 5431 400 „Öffentlichkeitsarbeit“</p> <p>Ansatzhöhung um 10.000 EUR</p> <p><u>Begründung:</u> Durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit könne mittelfristig der Fehlbetrag gesenkt werden.</p>	mit Mehrheit abgelehnt
	Verwaltung	<p>Landrat Petruschke gab bekannt, dass für die „atlantische Brücke“ (Produkt 040 252 010 015, Sachkonto 5279 102) im Kreisetat 2011 keine Mittel veranschlagt seien.</p> <p>Veranstaltungen im Rahmen der so genannten Summer School auf Schloss Dyck können aus vorhandenen Stiftungsmitteln finanziert werden.</p>	

Lfd.Nr./ Beschluss-Nr.	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
7	SPD	Seite 317, Produkt 040 261 010 „Theater“, Sachkonto 5317 000 „Zuschuss an Märchenbühne Zons“  Ansatzserhöhung um 800 EUR auf Vorjahresniveau	mit Mehrheit abgelehnt
8	Verwaltung	<p>Herr Graul fasste die Veränderungen, die sich aus der Tischvorlage ergaben, zusammen.</p> <p>Seite 337 und ÄL Seite 3, Produkt 050 311 010 „Grundversorgung und Leistungen nach dem SGB XII“ Sachkonto 5331 100 „Hilfe zum Lebensunterhalt a.E. (del.)“ Reduzierung um 30.000 EUR auf 3.000.000 EUR</p> <p>Seite 338 und ÄL Seite 3, Produkt 050 311 010 „Grundversorgung und Leistungen nach dem SGB XII“ Sachkonto 5331 600 „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung a.E. (del.)“ a) Reduzierung um 39.700 EUR auf 17.000.000 EUR b) Erhöhung um 390.000 EUR auf 17.390.000 EUR</p> <hr/> <p>Seite 349 und ÄL Seite 3, Produkt 050 312 010 010 „Grundversorgung nach dem SGB II“ Sachkonto 5461 001 „Leistungen für Unterkunft und Heizung (KdU)“ a) Reduzierung um 955.261 EUR auf 71.001.614 EUR b) Erhöhung um 209.489 EUR auf 71.211.103 EUR</p> <p>Seite 348 und ÄL Seite 3, Produkt 050 312 010 010 „Grundversorgung nach dem SGB II“ Sachkonto 4491 001 „Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft und Heizung“ a) Reduzierung um 234.039 EUR auf 17.395.395 EUR b) Erhöhung um 51.325 EUR auf 17.446.720 EUR</p>	einstimmig beschlossen

Lfd.Nr./ Beschluss-Nr.	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>Seite 349, Produkt 050 312 010 010 „Grundversorgung nach dem SGB II“ Sachkonto NEU „Aufwand für Mittagessen Hortkinder und Schulsozialarbeit“ Neuer Ansatz i.H.v. 1.993.911 EUR</p> <p>Seite 348, Produkt 050 312 010 010 „Grundversorgung nach dem SGB II“ Sachkonto NEU „Leistungsbeteiligung Mittagessen Hortkinder und Schulsozialarbeit (Ertrag)“ Neuer Ansatz i.H.v. 1.993.911 EUR</p> <hr/> <p>Seite 349, Produkt 050 312 010 010 „Grundversorgung nach dem SGB II“ Sachkonto NEU „Aufwand für Bildungs- und Teilhabepaket“ Neuer Ansatz i.H.v. 3.845.400 EUR</p> <p>Seite 348, Produkt 050 312 010 010 „Grundversorgung nach dem SGB II“ Sachkonto NEU „Leistungsbeteiligung Bildungs- und Teilhabepaket (Ertrag)“ Neuer Ansatz i.H.v. 3.845.400 EUR</p> <hr/> <p>Seite 349, Produkt 050 312 010 010 „Grundversorgung nach dem SGB II“ Sachkonto NEU „Aufwand für Warmwasseraufbereitung“ Neuer Ansatz i.H.v. 1.353.011 EUR</p> <p>Seite 348 Produkt 050 312 010 010 „Grundversorgung nach dem SGB II“ Sachkonto NEU „Leistungsbeteiligung Warmwasseraufbereitung (Ertrag)“ Neuer Ansatz i.H.v. 1.353.011 EUR</p>	

Lfd.Nr./ Beschluss-Nr.	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>Seite 349, Produkt 050 312 010 010 „Grundversorgung nach dem SGB II“ Sachkonto NEU „Verwaltungsaufwand Bildungs- und Teilhabepaket“ Neuer Ansatz i.H.v. 854.533 EUR</p> <p>Seite 348, Produkt 050 312 010 010 „Grundversorgung nach dem SGB II“ Sachkonto NEU „Leistungsbeteiligung Verwaltungsaufwand Bildungs- und Teilhabepaket (Ertrag)“ Neuer Ansatz i.H.v. 854.533 EUR</p>	
<b>9</b>	Bündnis 90/ Die Grünen	<p>Seite 365, Produkt 050 331 010 „Förderung der Wohlfahrtspflege“ Sachkonten 5318 000 bis 5318 020 Komplette Rücknahme aller Kürzungen, und Anhebung der Ansätze auf den Stand des Haushaltes 2010. Ausnahmen: - 5318 004 Zuschuss für mobile soziale Dienste von 0 EUR auf 60.000 EUR 5318 020 Zuschuss an die Arbeitslosenberatungsstelle Neuss Hier soll der Ansatz Entwurf 2011 beibehalten werden.</p>	mit Mehrheit der CDU und FDP abgelehnt
<b>10</b>	CDU/FDP	<p>Seite 365, Produkt 050 331 010 „Förderung der Wohlfahrtspflege“</p> <p><u>Aussprache:</u> Herr Dr. Ammermann merkte an, dass in diesem Produkt die ordentlichen Aufwendungen nicht nur wie gefordert um 15 %, sondern sogar um 18% gekürzt wurden. Daher könnte in diesem Bereich eine Umschichtung einiger Ansätze vorgenommen werden. Die Rechnungsergebnisse der Jahre 2009 und früher lassen dies zu.</p> <p>Sachkonto 5318 009 „Förderung von Freizeitmaßnahmen für Behinderte“ Reduzierung um 10.000 EUR auf 49.850 EUR</p>	mit Mehrheit der CDU und FDP beschlossen

Lfd.Nr./ Beschluss-Nr.	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
<b>11</b>	CDU/FDP	Seite 365, Produkt 050 331 010 „Förderung der Wohlfahrtspflege“ Sachkonto 5318 012 „Zuschuss für Maßnahmen der Eingliederungshilfe“ Reduzierung um 10.000 EUR auf 34.302 EUR  <u>Aussprache:</u> Landrat Petruschke merkte an, dass der Bedarf in diesem Bereich gestiegen sei und dass das vorläufige Rechnungsergebnis in 2010 sogar über der Planung von 2010 liegt. Daher regt er an den Ansatz nicht zu kürzen. Herr Dr. Ammermann hält an seinem Antrag fest.	mit Mehrheit der CDU und FDP beschlossen
<b>12</b>	SPD	Seite 365, Produkt 050 331 010 „Förderung der Wohlfahrtspflege“ Sachkonto 5318 000 „Zuschüsse an Verbände der freien Wohlfahrtspflege für den Sozialbereich“ Erhöhung um 50.000 EUR auf den Ansatz des Vorjahres	mit Mehrheit von CDU, FDP und UWG abgelehnt
<b>13</b>	CDU/FDP	a) Erhöhung um 25.000 EUR auf 278.600 EUR	mit Mehrheit der CDU und FDP, bei Enthaltung der Bündnis 90/Die Grünen beschlossen
<b>14</b>	SPD	Seite 365, Produkt 050 331 010 „Förderung der Wohlfahrtspflege“ Sachkonto 5318 002 „Zuschuss für allgemeine Sozialarbeit“ a) Erhöhung um 87.608 EUR auf den Ansatz des Vorjahres	mit Mehrheit von CDU, FDP und UWG abgelehnt
<b>15</b>	CDU/FDP	b) Erhöhung um 35.000 EUR auf 297.842 EUR	mit Mehrheit der CDU und FDP, bei Enthaltung der Bündnis 90/Die Grünen beschlossen
<b>16</b>	CDU/FDP	Seite 365, Produkt 050 331 010 „Förderung der Wohlfahrtspflege“ Sachkonto 5318 007 „Zuschuss für Familienpflege“ Einstellen eines Ansatzes i.H.v. 30.000 EUR	einstimmig beschlossen
<b>17</b>	SPD	Seite 365, Produkt 050 331 010 „Förderung der Wohlfahrtspflege“ Sachkonto 5318 005 „Zuschuss an Beratungsstelle Frauen helfen Frauen“ Erhöhung um 4.787 EUR auf den Ansatz des Vorjahres	mit Mehrheit abgelehnt

Lfd.Nr./ Beschluss-Nr.	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<u>Aussprache:</u> Herr Steinmetz merkte an, dass im letzten Jahr ein einmaliger zusätzlicher Betrag an die Beratungsstelle Frauen helfen Frauen gezahlt wurde, der in diesem Jahr nicht erforderlich sei.	
<b>18</b>	SPD	Seite 365, Produkt 050 331 010 „Förderung der Wohlfahrtspflege“ Sachkonto 5318 004 „Zuschuss für mobile soziale Dienste“ Einstellen eines Ansatzes i.H.v. 60.000 EUR	mit Mehrheit von CDU, FDP und UWG abgelehnt
<b>19</b>	SPD	Seite 365, Produkt 050 331 010 „Förderung der Wohlfahrtspflege“ Sachkonto 5318 010 „Förderung der Hospizarbeit“ Wunschliste Nr. 3 Erhöhung um 8.000 EUR auf 73.000 EUR gemäß der Wunschliste	mit Mehrheit der CDU und FDP abgelehnt
<b>20</b>	Bündnis 90/ Die Grünen	Seite 389, Produkt 050 351 012 „Vertriebenenamt“ Sachkonto 5318 000 „Integration für Migranten“ Erhöhung um 50.980 EUR auf den Ansatz des Vorjahres  <u>Aussprache:</u> Herr Steinmetz merkte an, dass ein Ansatz von 250.000 EUR ausreichend sei. Durch das neue Jobcenter würden Synergieeffekte geschaffen, die eine Ansatzreduzierung rechtfertigen. Im übrigen wurde auf den Bericht zur Integrationsarbeit sowie die Ergebnisse des Workshops verwiesen.	mit Mehrheit abgelehnt
	Verwaltung	Seite 443, Produkt 070 414 010 010 „Gesundheitsamt“, Sachkonto 5318 004 „Präventionskonzept der Suchtkrankenhilfe“, Wunschliste Nr. 4  Herr Landrat Petruschke führte hierzu aus, dass die weitere Finanzierung der halben Fachkraftstelle für das PrEventmobil bis Ende 2011 durch den Kreis gesichert sei.	
	CDU	Seite 489, Produkt 090 511 012 „Freiraum- und Landschaftsplanung“, Sachkonto 6821 002 M 51101201 „Veräußerung von Öko-Punkten“	

Lfd.Nr./ Beschluss-Nr.	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		Die CDU-Fraktion machte den Vorschlag, die Möglichkeit des Kaufs von Öko-Punkten beim Kreis stärker zu bewerben, und stellte den Antrag, den Ansatz für dieses Sachkonto auf 5.000 EUR zu erhöhen. Darauf entgegnete Herr Landrat Petrauschke, dass trotz aller Bemühungen keine Nachfrage nach Öko-Punkten bestehe. Die CDU-Fraktion zog daraufhin den Antrag zurück, forderte die Verwaltung jedoch auf, sich weiterhin und noch stärker als bisher um den Verkauf von Öko-Punkten zu bemühen.	
21	Bündnis 90/ Die Grünen	<p>Seite 489, Produkt 090 511 012 „Freiraum- und Landschaftsplanung“, Sachkonto 7821 000 M 51101201 „Grundstücks- und Gebäudeerwerb“</p> <p>Ansatzserhöhung um 150.000 EUR</p> <p>Seite 584, Produkt 130 555 020 „Forstwirtschaft“, Sachkonto 5499 040 „Schaffung von Waldflächen“</p> <p>Ansatzserhöhung um 20.000 EUR</p> <p>Seite 584, Produkt 130 555 020 „Forstwirtschaft“, Sachkonto 5711 399 „Abschreibung auf Grund und Boden aufgrund von Aufforstung“</p> <p>Ansatzserhöhung um 108.000 EUR</p> <p><u>Begründung:</u> Über diese Sachkonten werden der Ankauf von Flächen sowie die Pflanzung von Bäumen für das Waldvermehrungsprogramm finanziert. Die mit Beschluss-Nr. 13 des Finanzausschusses vom 22.02.2010 vorgenommene Halbierung der Ansätze soll rückgängig gemacht werden. Bei der Waldvermehrung handelt es sich um ein langfristiges Programm für den Klimaschutz, dessen Problematik weiterhin akut ist.</p>	mit Mehrheit abgelehnt

Lfd.Nr./ Beschluss-Nr.	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
22	CDU	<p>Seite 520, Produkt 100 521 010 „Obere Bauaufsicht, Sicherung der Kulturdenkmäler“, Sachkonto 5318 000 „Sicherung privater Kulturdenkmäler“, Wunschliste Nr. 5</p> <p>Ansatzserhöhung um 5.000 EUR</p> <p><u>Begründung:</u> Der Förderverein Haus Meer e. V. soll bei der Sanierung der Parkanlage unterstützt werden. Die Verwaltung verwies auf die Grundsatzentscheidung, mit Kreismitteln nur noch die Kulturdenkmäler „Kloster Knechtsteden“ und „Quirinus-Münster“ zu fördern.</p>	mit Mehrheit beschlossen
23	Bündnis 90/ Die Grünen	<p>Seite 614, Produkt 150 571 010 011 „Wirtschaftsförderung“, Sachkonto NEU „Einrichtung einer weiteren Verbraucherberatungsstelle“ Neuer Ansatz i.H.v. 50.000 EUR</p> <p><u>Begründung:</u> Die bestehende Beratungsstelle in Dormagen sei völlig überlastet. Beratungssuchende müssten auf Beratungsstellen in Düsseldorf etc. ausweichen. Durch die Einrichtung einer Beratungsstelle in Grevenbroich, Kaarst oder Neuss würde die Kaufkraft an den Rhein-Kreis Neuss gebunden.</p>	mit Mehrheit abgelehnt
24	SPD	<p>Seite 632 ff., Produkt 160 611 010 „Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen“</p> <p>Die geplante Entnahme aus der Ausgleichsrücklage solle um die Summe der Wohngelderstattung und die Mehrerträge bei den Schlüsselzuweisungen erhöht werden.</p> <p><u>Begründung:</u></p>	mit Mehrheit abgelehnt

Lfd.Nr./ Beschluss-Nr.	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>Die Kreisumlage könne dadurch spürbar gesenkt werden. Der Kreisanteil an der Wohngelderstattung sei vorher von den Städten und Gemeinden über die Kreisumlage vorfinanziert worden.</p> <p><u>Aussprache:</u> Frau Stephan-Gellrich regt an, wie der LVR zu verfahren und alternativ je nach Verabschiedung des GFG 2011 einen Umlagesatz i.H.v. 45,38 v.H. oder von 44,42 v.H. zu verabschieden.</p>	
		<p>Abgeordneter Dr. Ammermann vertrat die Meinung, dass die geplante Entnahme aus der Ausgleichsrücklage von rd. 12,5 Mio. EUR beibehalten werden solle.</p> <p>Dem gesetzlich vorgeschriebenen Rücksichtnahmegebot sei hiermit deutlich Rechnung getragen. Die höheren Schlüsselzuweisungen des Kreises würden über die Kreisumlage an die Gemeinden weitergegeben. Der Antrag der SPD-Fraktion gehe dahin, den Bestand der Ausgleichsrücklage um über 20 Mio. EUR zu verringern.</p> <p>Abgeordneter Güssen hielt den rapiden Rückgang der Ausgleichsrücklage für sehr bedenklich. So werde der gesamte Bestand in 2 Jahren aufgezehrt sein. Landrat Petruschke wies ausdrücklich auf die Risiken der diesjährigen Haushaltsplanung hin. Mehrere Kreise hätten gegen die Vorgehensweise bei der Wohngelderstattung geklagt. Sollten die Klagen Erfolg haben, bestünde das Risiko einer Rückzahlung. Es sei daher zu überlegen, hierfür im Jahresabschluss 2010 eine Rückstellung zu bilden.</p> <p>Der im Haushaltsentwurf geplante Betrag zur Entnahme aus der Ausgleichsrücklage sei in Solidarität zu den Städten und Gemeinden angesetzt. Eine höhere Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage stelle keine nachhaltige Lösung dar und führe zu einem sprunghaften Anstieg der Kreisumlage in den Folgejahren.</p>	

Lfd.Nr./ Beschluss-Nr.	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>Ein weiteres Risiko stellen die Ergebnisse der 1. Hochrechnung zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 dar. Der Landschaftsverband habe seinen Haushalt ohne die Auswirkungen der 1. Hochrechnung beschlossen.</p> <p>Sollte diese keinen Bestand haben, so entstünde allein bei der Landschaftsumlage ein Mehraufwand von 1 Mio. EUR.</p> <p>Auch bei den Schlüsselzuweisungen könne es zu erheblichen Verschiebungen kommen.</p>	
		<p>Ein weiteres Risiko stellen die Ergebnisse der 1. Hochrechnung zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 dar. Der Landschaftsverband habe seinen Haushalt ohne die Auswirkungen der 1. Hochrechnung beschlossen.</p> <p>Sollte diese keinen Bestand haben, so entstünde allein bei der Landschaftsumlage ein Mehraufwand von 1 Mio. EUR.</p> <p>Auch bei den Schlüsselzuweisungen könne es zu erheblichen Verschiebungen kommen.</p> <p>Er schlage vor, den Haushalt auf der heutigen Basis zu beschließen.</p> <p>Kreiskämmerer Graul fasste die Beschlüsse zusammen: Nach den heutigen Beratungen und Beschlüssen des Finanzausschusses unter Einbeziehung der Änderungsliste der Verwaltung und den Tischvorlagen schließe der Ergebnisplan mit einer weiteren Verbesserung von 139.758 EUR ab.</p>	
		<p>Die Kreisumlage könne um diese Summe gesenkt werden. Bei Anwendung der Umlagegrundlagen nach der 1. Hochrechnung ergäbe sich ein Hebesatz von 44,39 v.H. für die Kreisumlage.</p> <p>Die Entnahme aus der Ausgleichsrücklage bliebe entsprechend der Verwaltungsvorlage bei 12.562.239 EUR.</p> <p>Die Umlagesätze der Kreisumlage Jugendamt und die Umlagesätze der Mehrbelastung Jugendmusikschule haben sich leicht aufgrund der 1. Hochrechnung gegenüber dem Haushaltsentwurf geändert. Hierzu wird auf die neue Haushaltssatzung (Anlage zur Niederschrift)</p>	

Lfd.Nr./ Beschluss-Nr.	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
25		<p>hingewiesen. Die Verwaltung schlage vor, die Hebesätze und den Haushalt 2011 so zu beschließen.</p> <p>Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Haushaltssatzung 2011 in der Fassung der heutigen Beschlüsse unter Einbeziehung der Änderungsliste der Verwaltung und der Tischvorlagen zu beschließen. Die neue Haushaltssatzung liegt dem Protokoll bei. Die Empfehlung schließt die Wirtschaftspläne der Krankenanstalten Dormagen und Grevenbroich sowie der Seniorenhäuser Grevenbroich und Korschenbroich ein.</p> <p>Im Wirtschaftsplan der Seniorenhäuser ergibt sich eine Änderung gegenüber dem Entwurf, die aber für den Kreishaushalt nicht ergebnisrelevant ist.</p> <p>Vorsitzender Jüngerkes rief noch einmal Tagesordnungspunkt 4.1 „Beteiligungsrecht der kreisangehörigen Städte und Gemeinden nach § 55 KrO NW“ auf.</p> <p>Nachdem die Beratungen in der heutigen Sitzung des Finanzausschusses abgeschlossen seien, müsse noch über den Tagesordnungspunkt beschlossen werden (siehe auch Seite 4 der Niederschrift).</p>	mit Mehrheit der CDU und der FDP, bei Enthaltung der UWG und mit Ablehnung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen beschlossen.
<b>FI/20110310/ Ö4.1</b>		<p>Der Finanzausschuss nimmt die Stellungnahmen der Städte und Gemeinden des Rhein-Kreises Neuss zum Kreishaushalt 2011 zur Kenntnis.</p> <p>Die Ausführungen in den Stellungnahmen sind in die Beratungen eingeflossen und -soweit sie keine Berücksichtigung fanden- abgelehnt worden.</p>	mit Mehrheit angenommen